Fraktionsausgabe

DIE ZEITUNG

der Griesheimer SPD-Stadtverordnetenfraktion

Nummer 2 **August 2011** **2. Jahrgang**

Die SPD-Fraktion stellt sich vor

Viele neue Gesichter und erfahrene Mitglieder

Die SPD ist aus der Kommunalwahl als stärkste Fraktion hervorgegangen und stellt auch in dieser Legislaturperiode mit 19 Mitgliedern die Mehrheit der Stadtverordneten. Wir möchten uns auf diesem Wege noch einmal für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken und allen Wählerinnen und Wählern versichern, dass wir uns mit großem Engagement für eine zukunftsfähige Gestaltung unserer Stadt einsetzen werden.

Start in die neue Legislaturperiode

Die Kommunalwahl ist vorbei und mit dem Start in die neue Legislaturperiode hat sich auch die SPD-Fraktion neu konstituiert. Bereits Anfang April wurde in einer Klausurtagung der Fraktionsvorstand neu gewählt: Ingrid Zimmermann wurde in ihrem Amt als Fraktionsvorsitzende bestätigt und ihr zur Seite stehen als Stellvertreter Hans Birli, Milena Seibert, Doris Lotze-Wessel und Sebastian Schecker. Ebenso gehören dem Fraktionsvorstand an: Christian Bergemann, Margot Mey und Bertfried Klanitz.
Insgesamt besteht die Fraktion aus einem guten Mix an erfahrenen Kräften, die schon einige Jahre kommunalpolitische Erfahrung haben und einigen neuen Gesichtern, die sich zum Teil auch zum ersten Mal bereit erklärt haben, ein Mandat zu übernehmen. Sie alle kommen aus ganz verschiedenen beruflichen Zusammenhängen und stehen für unsere sozialdemokratische Politik hier in Griesheim.

Fünf Ausschüsse gebildet

In der ersten Stadtverordnetenversammlung wurde der Magistrat gewählt und entschieden, fünf Ausschüsse zu bilden.
In den Magistrat wurden von der SPD entsandt: Rüdiger Mey, Bärbel Eickhoff, Charlotte Mania, Anette Mott und Manfred Seibert. Aus persönlichen Gründen verzichtete Bärbel Eickhoff auf die Position der 1. Stadträtin, so dass für das Amt des 1. Stadtrats Rüdiger Mey gewählt wurde.
Bei den Ausschüssen, die gebildet wurden, handelt es sich um den Haupt- und Finanzausschuss (kurz: H+F), den Ausschuss für Jugend, Soziales, Kultur und Sport (JSKS), den Bau- und Stadtplanungsausschuss und den Umweltausschuss. Diese Ausschüsse bestehen schon seit Jahren in Griesheim und haben sich in der Aufteilung der Themen bewährt. Als fünfter Ausschuss wurde wieder ein Schwimmbadausschuss gebildet, der die nun anstehenden Sanierungen im Hallenbad begleiten soll. D.h. alle Beratungen die Sanierung betreffend – Baufortschritt, Kostenentwicklung oder Auswahl der Materialien – finden in diesem Ausschuss statt. Folgende Mitglieder der SPD-Fraktion arbeiten in diesen Ausschüssen mit:

Haupt- und Finanzausschuss:
Doris Lotze-Wessel
(Ausschussvorsitzende)
Roman Gebhardt
Margot Mey
Sebastian Schecker
Ingrid Zimmermann

Ausschuss für Jugend, Soziales, Kultur und Sport:
Ingrid Zimmermann
(Ausschussvorsitzende)
Christian Bergemann
Iris Fichtner
Bettina Ritter
Peter Schiller

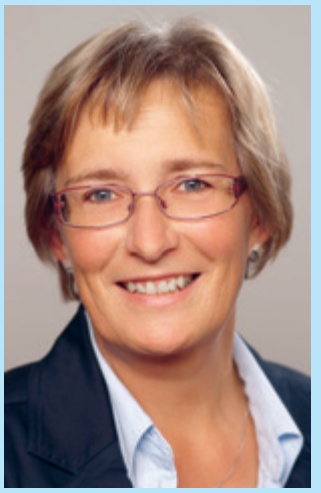
Umwelt-Ausschuss:
Milena Seibert
(stellv. Ausschussvorsitzende)
Heike Rieß
Eike Strutz
Anna-Lena Wessel
Thomas Wolf

Stadtplanungs- /Bauausschuss:
Hans Birli
(stellv. Ausschussvorsitzender)
Marija Arnold
Bernd Hörtz
Gerhard Neuwirth
Sebastian Schecker

Schwimmbadausschuss:
Sebastian Schecker
(Ausschussvorsitzender)
Marija Arnold
Hans Birli
Bernd Hörtz
Doris Lotze-Wessel

Fraktions- und Magistratsmitglieder der SPD nach der letzten Stadtverordnetenversammlung im Foyer vor dem Sitzungssaal (es fehlt: Bärbel Eickhoff). *Foto: Daniela Hillbricht*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Griesheimerinnen und Griesheimer!



Die Kommunalwahl ist vorbei und die Stadtverordneten haben ihre Arbeit in der neuen Legislaturperiode inzwischen aufgenommen.
Wir Sozialdemokraten haben einen deutlichen Stimmenverlust erlitten, durch den wir drei Sitze verloren haben. Sie können sicher sein, dass wir die Gründe ausführlich in unserer Fraktion beraten und diskutieren, um das Vertrauen unserer Wähler wieder zu gewinnen.
Die Stadtverordnetenversammlung ist „bunter“ geworden, denn mit dem Einzug der FDP ist eine weitere politische Partei hinzugekommen, aber auch die CDU und die WGG mussten Mandatsverluste hinnehmen. Mit sieben Sitzen waren Bündnis 90/Die Grünen auch in Griesheim die Gewinner der Wahlen.
Dennoch war die Opposition mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden. Denn alle Oppositionsparteien waren in beiden vergangenen Wahlkämpfen angetreten mit dem erklärten Wahlziel, „die Macht der SPD zu brechen“! Dies ist ihnen weder im Bürgermeister- noch im Kommunalwahlkampf gelungen und die Enttäuschung darüber, dass die SPD wieder über 50% der Stimmen bei der Kommunalwahl erreicht hatte, war mit Händen greifbar.
Hierin liegt auch der eigentliche Grund, weshalb die Vertreter der Oppositionsparteien sich mit einem gemeinsam unterzeichneten Einspruch bemühten, die Gültigkeit der Wahl anzufechten. Ein knapper Wahlausgang allein kann und darf aber in einer Demokratie kein Grund sein, um eine Wahlauszählung erneut zu überprüfen. Hierzu bedarf es ernsthaft vorgetragener Gründe, die erkennen lassen, dass das Wahlergebnis hätte manipuliert werden können (s. hierzu auch die ausführliche Berichterstattung auf Seite 3).
Wurde schon der Wahlkampf in der Manier geführt „wir haben einen gemeinsamen Feind – die SPD“, so scheint sich diese Haltung in den ersten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung fortzusetzen. Die Opposition versucht, alle Beschlussempfehlungen der Bürgermeisterin abzulehnen oder mit eigenen Anträgen bereits beschlossene Projekte wieder neu aufzurollen; sie fordert Fakten ein, die schon lange vorliegen und beraten wurden und möchte der Verwaltung und dem Magistrat Fesseln anlegen.
Die SPD-Fraktion möchte jetzt und heute Lösungsvorschläge entwickeln, wie wir unsere Stadt zukunftsfähig gestalten wollen. Deshalb wollen wir Ihnen auch mit dieser Zwiebelzeitung unsere Ansicht über die wichtigen Projekte der Zukunft darstellen und deutlich machen, warum wir die Sanierung des Hallenbades fortsetzen wollen und warum die Planungskosten für den Neubau einer Kindertagesstätte für die Zukunft unserer Kinderbetreuung so wichtig sind. (s. hierzu auch unsere Berichte von Seite 2 und 3)
Wir stehen zu unserer Überzeugung und sind nicht einfach nur dafür, weil wir in der Mehrheit sind, sondern aus guten Gründen. Auch wenn die Opposition dies anders darstellt: wir werben für unsere Ideen und politischen Zielsetzungen, die wir hier nun auch in dieser Zwiebelzeitung darstellen.
Empfehlen möchte ich Ihnen auch unsere Umfrage auf der letzten Seite, mit der wir in Erfahrung bringen wollen, welches Medium der Information über kommunale Angelegenheiten Sie bevorzugen. Machen Sie mit und gewinnen Sie einen Gutschein für ein Abendessen in einem von drei Restaurants in Griesheim!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Ingrid Zimmermann

SPD-Fraktion bringt Planungen für eine neue KITA zügig voran

Hoher Bedarf für weitere Betreuungsplätze sowohl für 3- bis 6-Jährige als auch für unter 3-Jährige

Eine verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung ist für jede Kommune ein wichtiges Zukunftsthema – einmal um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zum anderen auch, um Alleinerziehenden wieder die Möglichkeit zu geben, am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Darüber hinaus fördert die Betreuung in einer Kindertagesstätte (KITA) auch die soziale Entwicklung der Kinder. In dem Maße wie man erkannt hat, dass die frühkindliche Bildung für die spätere Entwicklung des Heranwachsenden von besonderer Bedeutung ist, rückt auch die Diskussion über die Qualität der Kinderbetreuung mehr in das Zentrum der Auseinandersetzungen.

Auch in einer Gesellschaft, die immer älter wird, gilt es mit familienfreundlichen Maßnahmen – wie z.B. einer guten Kinderbetreuung – auch für „Nachwuchs" zu sorgen und einer überalternden Gesellschaft gegenzusteuern.

Griesheim ist aufgrund einer konsequenten familienfreundlichen Politik in der Vergangenheit immer noch eine Zuzugsgemeinde. Unter einer SPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und unserem ehemaligen Bürgermeister Norbert Leber wurden zahlreiche familienfreundlichen Einrichtungen wie z.B. Kindergärten, Spielplätze, Vereinsangebote für junge Menschen aufgebaut, die insbesondere junge Familien zu schätzen wissen. Und durch die Ausweisung von Neubaugebieten haben sich in der Vergangenheit viele Familien in Griesheim angesiedelt.

Auch der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit erkannt, dass hier handeln Not tut: gab es erst den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab drei Jahren, so hatten sich Bund und Länder auf dem Krippengipfel 2007 geeinigt, dass bis zum Jahr 2013 für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote geschaffen werden sollen.

SPD-Fraktion erkennt großen Bedarf an Betreuungsplätzen in Griesheim

Für Griesheim bedeutet diese Verpflichtung ebenso wie für viele andere westdeutsche Städte und Gemeinden, eine große Anstrengung an Investitionen, um diese Vorgabe zu erfüllen. Denn auch in Griesheim wird diese Quote für die unter 3Jährigen (U3) noch nicht erreicht. Zur Zeit hat die Stadt insgesamt 137 U3-Plätze, damit liegen wir noch deutlich unter den angestrebten 35 Prozent.

Wenn man sich die Entwicklung der Kinderzahlen mit Anspruch auf einen KITA-Platz anschaut (siehe Kasten), erkennt man unschwer, dass wir in Griesheim allein zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben nicht umhin können, mehr als 3 oder 4 Gruppen – das entspricht einer kompletten Einrichtung – neu zu gründen.

Bereits am 11. Mai wurden diese Zahlen in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Kultur und Sport ausführlich von der Bürgermeisterin Gabriele Winter dargestellt und es war für alle Stadtverordneten nachvollziehbar: es fehlen für die Zukunft Betreuungsplätze sowohl für die 3 – 6 jährigen Kinder also auch für die unter 3 Jahren.

Folgerichtig veranschlagte die Bürgermeisterin einen Betrag im Rahmen des Nachtragshaushaltes für Planungskosten, um so bald wie möglich mit den Planungen für eine neue Kindertagesstätte beginnen zu können. Verschiedene Alternativen als Standort wurden bereits erkannt und diskutiert, wie z.B. im Neubaugebiet Süd-West, in dem ein Bauplatz für eine Kindertagesstätte bereits vorgesehen ist, allerdings gibt es auch noch andere Möglichkeiten, die einer Prüfung unterzogen werden sollen.

Grüne wollen Planungen verzögern

Im Juni forderte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Sperrvermerk für diesen Kostenansatz, denn erst einmal sollte der Bedarf ermittelt und freie Träger angehört werden. Und schließlich wurde gefordert, vor der Ausgabe von Kosten erst einmal Planungsalternativen mit einem Wirtschaftlichkeitsvergleich zu betrachten.

Dabei liegen die Fakten auf der Hand:

1. Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist vorhanden. Dies wird auch in der Begründung zu ihrem Antrag von den Grünen nicht bezweifelt.
2. Die Diskussionen mit anderen Trägern, insbesondere mit den Kirchen sind geführt worden. Und eines ist auch klar: die Träger stehen nicht Schlange, um KITA-Einrichtungen zu bauen und zu betreiben. Im Übrigen bleiben die Kosten – egal welcher Träger gewählt wird (ob Kirche oder wie in der Vergangenheit die AWO) – bei der Stadt hängen. Das heißt, die Stadt muss sowohl Investitions- als auch Betriebskosten zahlen.
3. Wenn die Fraktionen den Bedarf erkannt haben, dann sollten wir alle schleunigst in die Planung einer neuen Kindertagesstätte einsteigen. Dieser Ansatz im Nachtragshaushalt ist erforderlich, um überhaupt erst einmal mit den Planungen beginnen zu können und verschiedene Varianten miteinander zu vergleichen. Ein Sperrvermerk an dieser Stelle hat keinen Sinn, denn wie sollen Planungsvarianten ernsthaft miteinander verglichen werden, wenn die Stadt keinen Planer damit beauftragt, welche vorzulegen?
4. Die Möglichkeit, an bestehende Einrichtungen noch Räume anzubauen, ist bei keinem der städtischen Einrichtungen gegeben. Eine KITA muss nach der Anzahl der Kinder ein entsprechendes Außengelände mit Spielmöglichkeiten nachweisen; ist das nicht gegeben, wird eine Betriebsgenehmigung nicht erteilt. Die Möglichkeiten einer Erweiterung sind in der Vergangenheit bereits bei einigen Einrichtungen ausgeschöpft worden (z.B. bei der KITA Tannenweg und Spielwiese).

Aus den genannten Gründen hat sich die SPD-Fraktion gegen den Antrag der Grünen-Fraktion einen Sperrvermerk für diese Ausgabenposition vorzusehen, ausgesprochen.

Was Griesheim braucht, ist ein Start in die Planungen für eine notwendige neue Kindertagesstätte und keine weitere Auflistung von Zahlen, Daten, Fakten. Denn schließlich müssen wir heute planen, wenn unsere Kinder in zwei Jahren eine Kindertagesstätte besuchen sollen. (iz)

Anzahl der Kinder mit Anspruch auf einen Kita-Platz und Anzahl der Plätze

3 – 6 Jahre	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Kinder	866	1017	983	1058	1071
Plätze	859	928	928	928	1003*

* Hier sind bereits 75 Plätze für einen Neubau mitberechnet.

Übersicht der vorhandenen Plätze und wie sich die Anzahl der Kinder in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Die Kindertagesstätte „Magdalenenstraße" – eine relativ neue Einrichtung – verfügt über 36 Hortplätze, 75 Tages- und Regelplätze und 15 Plätze in der Minigruppe (ab dem 2. Lebensjahr). Eine Kindertagesstätte dieser Größe braucht aber auch ein großes Außengelände, um für alle betreuten Kinder ausreichend Spielmöglichkeiten zu bieten. *dg-foto*

Impressum

Herausgeber
SPD-Ortsverein Griesheim
Verantwortlich / Redaktionsanschrift
Ingrid Zimmermann
Goethestraße 30
64347 Griesheim
Druck
HMD-Druck GmbH
Bosch-Straße 3
64347 Griesheim
Auflage
11 000 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten!

Griesheim hat richtig gewählt!

Einsprüche wurden verantwortungsbewusst geprüft

Das höchste Organ der Stadt Griesheim, die Stadtverordnetenversammlung, hat in ihrer Sitzung am 19.05.2011 den Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl getroffen. Unmittelbar davor wurden 2 Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl als unbegründet zurückgewiesen.

Manch ein Griesheimer konnte den Eindruck gewinnen, dass der Wahlkampf nie zu Ende geht. Auch nach der Kommunalwahl hatte die Opposition vergeblich versucht, die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten zu brechen. Der ehemalige Wahlkampfmanager des Bürgermeisterkandidaten Thomas Höhl – Herr Walter König – reichte Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl ein. Auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende der WGG – Herr Werner Schmachtenberg – versuchte auf diesem Weg seinen verlorengegangenen Sitz im Parlament wieder zu gewinnen. Die Einsprüche waren nahezu deckungsgleich und wurden unter anderen von einer eidesstattlichen Versicherung von der Vorsitzenden der Griesheimer FDP – Frau Dr. Angelika Nake begleitet.

Mit dem Leiter des Hauptamtes der Stadt Griesheim, Herrn Florig, begutachten die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses die Original-Protokolle aus einem Wahlbezirk in der Sitzung am 4. Mai. *Foto: Griesheimer Anzeiger*

Vorwürfe nicht haltbar

Trotz dieser offensichtlich politisch motivierten Einsprüche stellte sich die SPD-Fraktion ihrer Verantwortung: Der Stadtverordnetenvorsteher Bertfried Klanitz (SPD) brachte den Antrag ein, im Rahmen eines Wahlprüfungsausschusses die Einsprüche sorgfältig und in Ruhe zu prüfen. Genau in diesem Ausschuss wurde sehr schnell deutlich, dass sich der konkrete Vorwurf, der sich auf einen Stimmzettel im Briefwahlbezirk 1 bezog, als haltlos herausstellte. Nachdem genau dieser monierte Stimmzettel von allen Ausschussmitgliedern geprüft wurde, stand fest, dass sich Frau Dr. Nake nachweislich geirrt hatte. Ob ihre vermeintlich falsche eidesstattliche Versicherung noch ein juristisches Nachspiel haben wird, ist offen.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion wurden von den Einspruchsführern zahlreiche Vermutungen und Spekulationen aneinandergereiht, um die Bedeutung von Beobachtungen im Auszählungsverfahren aufzubauschen und sie als konkret vorgebrachte Verstöße gegen die Wahlvorschriften zu behandeln. Herr Schecker stellte in seiner juristischen Stellungnahme sehr ausführlich klar, dass die bestehenden Einsprüche haltlos seien und die möglichen Fehler im Auszählungsverfahren keine Auswirkung auf das Wahlergebnis besitzen. Genau diese Ergebnisrelevanz ist aus juristischen Gründen (siehe Kasten) wesentlich für die Beurteilung der vorliegenden Einsprüche.

Dank an ehrenamtliche Wahlhelferinnen und -helfer

Die SPD-Fraktion bedankte sich noch einmal ausdrücklich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern für ihr Engagement im Rahmen der Gemeindewahl und appellierte an alle Fraktionen, das Ergebnis der Kommunalwahl zu akzeptieren und wieder zur Sachpolitik zurückzukehren. Der von der WGG gezogene Vergleich mit einer „Bananenrepublik“ oder die Ankündigung des Stadtverordneten Keller (WGG) gegen die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor das Verwaltungsgericht zu ziehen, ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen, sondern vielmehr das Misstrauen weiter zu schüren.

Somit ist es seit dem 19. Mai 2011 amtlich: Die SPD ist die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und bedankt sich auf diesem Wege noch einmal bei ihren Wählerinnen und Wählern, die ihr das Vertrauen geschenkt haben. CB

§ 26 Absatz 1 Kommunalwahlgesetz (KWG) regelt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl:

Darin steht:

„Die neue Vertretungskörperschaft hat über die Gültigkeit der Wahl und über Einsprüche nach § 25 in folgender Weise zu beschließen:

1. […]
2. Sind im Wahlverfahren Unregelmäßigkeiten […], die das Wahlergebnis beeinflussen, vorgekommen, bei denen nach den Umständen des Einzelfalls eine nach der Lebenserfahrung konkrete Möglichkeit besteht, dass sie auf die Verteilung der Sitze von entscheidendem Einfluss gewesen sein können, so ist
   a) wenn sich die Unregelmäßigkeiten nur auf einzelne Wahl- oder Briefwahlbezirke erstrecken, in diesen Wahlbezirken,
   b) wenn sich die Unregelmäßigkeiten auf den ganzen Wahlkreis oder auf mehr als die Hälfte der Wahl- und Briefwahlbezirke erstrecken, im ganzen Wahlkreis die Wiederholung der Wahl anzuordnen (§ 30).
3. Ist die Feststellung des Wahlergebnisses unrichtig, so ist sie aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen (§ 31).
4. Liegt keiner der unter Nr. 1 bis 3 genannten Fälle vor, so ist die Wahl für gültig zu erklären.“

Fazit:

§ 26 KWG räumt der Stadtverordnetenversammlung also (anders als von G. Milde geäußert) KEIN Ermessen oder irgendeinen Spielraum bei der Beschlussfassung ein.

Es wird in Nr. 1-4 klar angeordnet, was in welchem Fall zu tun ist.

Unregelmäßigkeiten, wie von den Einspruchsführern behauptet, werden von Nr. 2 erfasst.

Nr. 3 erfasst nur mathematische Rechenfehler bei der Ergebnisermittlung.

Nach Nr. 4 ist soweit Nr. 1-3 nicht vorliegen, die Wahl für gültig zu erklären.

Hieraus folgt:

Unregelmäßigkeiten nach Nr. 2, die ergebnisrelevant waren, liegen in Griesheim bei der Kommunalwahl vom 27.3. 2011 nicht vor. Die Einsprüche waren nämlich unbegründet.

Daher war die Gültigkeit der Wahl festzustellen.

Eine Nachzählung durfte nach Gesetzeslage nicht stattfinden!

Warum wir nicht so „einfach“ mal nachzählen konnten!

Nachdem das Ergebnis der Kommunalwahl in Griesheim durch den Wahlausschuss am 28.03.2011 festgestellt worden ist, entstand ein amtliches Dokument, das nur aufgrund begründeter Einsprüche aufgehoben werden darf. Unbegründet und nur auf Bitten einer Partei ist ein Nachzählen – egal welcher Stimmen – bei diesem Stand des Wahlverfahrens nicht möglich. D.h. der Einspruchsführer muss deutlich machen, wo so gravierende Fehler im Wahl- oder Auszählungsverfahren gemacht wurden, dass diese Fehler Einfluss auf die Sitzverteilung gehabt hätten. Wenn dieser Nachweis nicht erbracht wird – und das war hier der Fall – ist es rechtlich nicht möglich, „einfach“ mal nachzuzählen!

Für diesen Fall hat der Gesetzgeber – zu Recht – hohe Hürden aufgebaut, um eine Anfechtung der Wahl nicht zu einfach machen zu lassen (siehe hierzu Kasten auf dieser Seite).

Haltestelle „Platz Bar-le-Duc“ nach Umbau eingeweiht: *DADINA-Vorstandsvorsitzender Christel Fleischmann, Bürgermeisterin Gabriele Winter und HEAG mobilo-Geschäftsführer Karl-Heinz Holub übergeben die neu gestaltete Haltestelle ihrer Bestimmung. Die Neugestaltung am Platz Bar-le-Duc ist umfassend: Der Umsteigepunkt ist weiter Richtung Horst-Schmidt-Halle gerückt. Die Verknüpfung von Straßenbahn und Bus erfolgt an einem Bahnsteig und ermöglicht den Fahrgästen ein barrierefreies Umsteigen mit kurzen Wegen.* *Foto: Volker Raabe*

Sanierung des Hallenbads wird planmäßig durchgeführt

SPD-Fraktion stimmt dem Nachtragshaushalt zu

Die SPD-Fraktion sichert die Sanierung des Hallenbads ab und stimmte in der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juni 2011 geschlossen für die im 1.Nachtragshaushalt enthaltene Investitionssumme, um den 1. und 2. Bauabschnitt gemeinsam durchführen zu können.
Zugleich lehnte sie die Anträge der Opposition (CDU und Hr. Keller von der WGG) ab, die auf eine Revision des ursprünglichen Grundsatzbeschlusses zur Sanierung gerichtet waren bzw. auf eine Verschiebung der Sanierung in das Jahr 2012.
Damit steht sie zu dem am 9. 7. 2009 in der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss, Hallen- und Freibad der Stadt Griesheim entsprechend der Empfehlung der Studien des Fachbüros Richter & Rausenberger, Partnergesellschaft im Bäderbau, schrittweise an den bestehenden Standorten zu sanieren.
Für die SPD-Fraktion war es von Anfang an wichtig, die Familien- und Vereinsfreundlichkeit des Hallenbades und Freibades zu erhalten. Das bedeutet z.B. ein Wasserbecken mit wettkampfähigen Bahnen vorzuhalten und auch die Liegeflächen, Sportfelder und Spielmöglichkeiten im Freibad zu bewahren. Wir haben kein Interesse an einem „Spaßbad“, sondern sind der Ansicht, dass wir zwei grundsolide Bäder haben, die in ihrem Angebot bestens von der Bevölkerung angenommen werden. Warum sollte man diese Standorte aufgeben, nur weil eine Sanierung ansteht?

Studie ermittelte Sanierungsmöglichkeit und -bedarf

In der o.g. Studie von Richter & Rausenberger waren die erkannten Mängel umfangreich und detailliert aufgeführt, die Dringlichkeit der Sanierungen bewertet und eine Sanierung in entsprechenden Bauabschnitten vorgeschlagen worden, jedoch nicht ohne auf damit verbundene entstehende Probleme hinzuweisen.
Die Kosten für die Sanierung des Hallenbades für die Bauabschnitte 1 und 2 wurden in der Studie mit 5,9 Mio. € netto angegeben.
Im Haushalt 2011 wurden bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 im Winter 2010 zunächst die Mittel für den 1. Bauabschnitt eingestellt, der die kurzfristig erforderliche Sanierung der Becken und Technik beeinhalten sollte.
Gemäß Vergabeverfahren wurde die Generalplanerleistung für alle Bauabschnitte gemeinsam ausgeschrieben und im Juli 2010 an das Büro Dr. Krieger vergeben.
Dieses Büro hat nach Auftragserteilung das Bad durch eigene Fachleute und externe Statiker bezüglich Baukonstruktion und Technik weiter untersucht.
Am 23. November 2010 stimmte der Schwimmbadausschuss den vorgestellten Plänen einstimmig zu, das Hallenbad in zwei Abschnitten zu sanieren; die Kostenschätzung ergab dabei für den 1. Bauabschnitt und für den 2. Bauabschnitt zusammen Kosten von 5,5 Mio. € netto. Das Sprungbecken soll dabei in ein Multifunktionsbecken mit Hubboden umgebaut werden, auch um die beliebten Angebote der Wassergymnastik für ältere Personen oder junge Familien weiter ausbauen zu können.

Neue Kostenberechnung bestätigt grobe Kostenschätzung

Am 24. März 2011 wurde dem Schwimmbadausschuss die Detailplanung vorgestellt. Die dafür notwendigen Untersuchungen des Büros Dr. Krieger haben leider ergeben, dass die Bodenplatte unter dem Umkleidebereich, welcher im 2.Bauabschnitt saniert werden sollte, nicht mehr der neueren DIN-Normen entspricht und daher auch abgerissen und erneuert werden muss.
Die Bodenplatte reicht in den Beckenkopf hinein. Dies führt dazu, dass man die Betonarbeiten an Beckenkopf und Bodenplatte in einem Abschnitt ausführen muss, um Fugen und spätere Risse zu vermeiden.
Es wurde die Kostenberechnung vorgestellt, die für die nun zusammen ausgeführten Bauabschnitte 1 und 2 von Kosten in Höhe von ca. 5,9 Mio. € netto ausgeht.
Damit entspricht sie in etwa dem Kostenbedarf, den die Studie von Richter & Rausenberger im Jahr 2008 ermittelt hatte.
Anders als von der CDU beantragt, bestehen daher kein Bedarf und kein Grund, eine erneute Studie in Auftrag zu geben, um einen Neubau eines Hallenbades neben dem Freibad zu prüfen. Die Situation hat sich in finanzieller Sicht gegenüber der zum Zeitpunkt des Beschlusses 2009 nicht wirklich verändert: Bereits die Studie von Richter & Rausenberger hatte dafür Baukosten angegeben, die bei ca. 15 Mio. € liegen würden – dies hat auch das jetzige Büro Dr. Krieger auf Anfrage so bestätigt.(se)

LESER-UMFRAGE

Wie finden Sie unsere Fraktionszeitung?

Die Zwiebelzeitung wird nun schon seit über 30 Jahren an alle Haushalte in Griesheim verteilt.
Wir informierten und informieren Sie über unser Wahlprogramm, so manches Fest und aktuelle Diskussionen.
Der wesentliche Schwerpunkt unserer Zeitung ist die Griesheimer Kommunalpolitik, für welche Entscheidungen die SPD im Stadtparlament steht, welche Bauvorhaben unterstützt oder Gebührenhaushalte verändert werden.
Darüber hinaus werden die Menschen vorgestellt, welche in unserer Stadt Politik machen und oft werden auch Entscheidungen der Bundes- oder Landespolitik kritisch kommentiert. Die Zwiebelzeitung hat zu vielen Themen Position bezogen. Sie ist das Sprachorgan der SPD in Griesheim, damit Sie, verehrte Leser und Leserinnen, wissen, wo wir stehen.
Jetzt ist es uns wichtig zu wissen, wie und ob Sie sich von unserer Zeitung angesprochen fühlen.
Wir hoffen auf eine rege Beteiligung an der Umfrage, denn hier zählt die Meinung unserer Leser, Wähler und aller Griesheimer Bürger und Bürgerinnen. Ihr Urteil ist uns sehr wichtig, damit wir es das nächste Mal besser machen können.

Sie haben die Wahl: Entweder Sie nehmen anonym nur an der Umfrage teil oder Sie geben Ihre Adresse an, damit Sie von dieser Umfrage profitieren können. Denn **unter allen Teilnehmern dieser Umfrage verlosen wir drei Gutscheine, jeweils mit einem Wert von 50 Euro**, für die folgenden Vereinsgaststätten in Griesheim:

- Spanisches Restaurant im Vereinsheim des SV St. Stephan
- TuS-Vereinsgaststätte
- SC Viktoria Stadion-Gaststätte Süd

Ihre Meinung ist gefragt!

Frage 1: Wie gefällt Ihnen die Zwiebelzeitung? (bitte Note vergeben)

sehr gut					schlecht
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
○	○	○	○	○	○

Frage 2: Wie informieren Sie sich über kommunalpolitische Themen? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

○ **Zwiebelzeitung** ○ **Griesheimer Anzeiger**
○ **Internet** ○ **Griesheimer Woche**
○ **Stadtrundgang** ○ **Darmstädter Echo**
○ **Persönliches Gespräch** ○ **Sonstiges:** _____

Frage 3: Welche kommunalpolitischen Themen interessieren Sie besonders?

_____
_____
_____

Teilnahme an der Verlosung: Dafür füllen Sie bitte den unteren Teil vollständig aus.
Ich erkläre mich einverstanden, dass meine Daten für die Verlosung der Gutscheine verwendet werden. Meine persönlichen Daten werden gemäß dem Datenschutzgesetz vertraulich behandelt und nicht unbefugt an Dritte weitergegeben.

Name, Vorname: _____ Adresse: _____

Telefon: _____ Email-Adresse: _____

○ **Ja!** Ich möchte regelmäßig über Termine der SPD-Griesheim per Email informiert werden.

Teilnahmeschluss ist der 24.9.2011. Die Gewinner werden ausgelost. **Mitmachen kann jeder, der mindestens 18 Jahre alt ist.** Jeder ist nur einmal zur Teilnahme berechtigt. Gewinne werden nicht in Bar ausgezahlt. Der Gewinner oder die Gewinnerin wird auf dem Postweg oder telefonisch benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Umfrage bitte zurück: **Per Post:** SPD-Fraktionsvorsitzende Ingrid Zimmermann, Goethestraße 30, 64347 Griesheim · **Per Fax:** 06155 – 88 06 98 · **Per E-mail:** zimmermann-griesheim@t-online.de